



Protokollauszug vom

16. April 2012

GGR-Nr. 2011-133

Volksinitiative "Mehr Sicherheit für die Grossstadt Winterthur" / Ablehnung der Initiative und Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung

Der Grosse Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 16. April 2012 beschlossen:

1. Es wird festgestellt, dass die kommunale Volksinitiative "Mehr Sicherheit für die Grossstadt W'thur" gültig ist.
2. Die Volksinitiative gemäss Ziff. 1 wird abgelehnt und der Volksabstimmung zur Verwerfung empfohlen.
3. Der Volksinitiative gemäss Ziff. 1 wird folgender Gegenvorschlag in der Form der allgemeinen Anregung gegenübergestellt und der Volksabstimmung zur Annahme empfohlen:

Der Mindestbestand der vereidigten Polizistinnen und Polizisten der Stadtpolizei Winterthur soll – bei gleich bleibendem Aufgabenbereich – ausgehend von einem Korpsbestand im Jahr 2011 von 203 Stellen bis ins Jahr 2016 auf 217 Stellen erhöht werden. Der Einsatz dieser zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten soll unter Berücksichtigung eines städtischen Sicherheitskonzepts erfolgen, das auch die Aspekte der sozialen, planerischen und baulichen Sicherheit sowie die Tätigkeitsfelder Schule, Sozialarbeit, Stadt- und Quartierentwicklung umfasst. Die kommunalen Rechtsgrundlagen und Finanzierungsbeschlüsse sind dieser Zielsetzung entsprechend anzupassen und zu ergänzen. Im Rahmen der Umsetzungsvorlage bringt der Stadtrat die Eckpunkte des städtischen Sicherheitskonzepts dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis.

4. Wird die Volksinitiative zurückgezogen, findet keine Volksabstimmung statt und der Stadtrat arbeitet zuhanden des Grossen Gemeinderates eine Vorlage aus, die dem Gegenvorschlag entspricht.

Für den Grossen Gemeinderat
Der Ratsschreiber:

M. Bernhard

Mitteilung an:



- Dept. Sicherheit und Umwelt, Stadtkanzlei.